



Akten, Akten, Akten: Amtsgerichts-Vizepräsidentin Stefanie Wulff (links) und Geschäftsleiterin Ruth-Hanna Kuhne im Personalnotstand.

Foto Is

„Land unter“ im Gericht

Akuter Personalnotstand im Amtsgericht stellt Bürger auf Geduldsprobe – Bis zu zwei Monate Wartezeit

VON SUSANNE SCHWAN

BREMERHAVEN. Zwei Monate warten auf die Scheidungsurkunde? Vier Monate aufs Grundbuch-Dokument? Wer Angelegenheiten beim Amtsgericht zu regeln hat, braucht derzeit ganz langen Atem: „Bei uns brennt's“, sagt Amtsgerichts-Vizepräsidentin Stefanie Wulff. Durch dauerhafte Krankheitsausfälle mitten in der Urlaubszeit sei die Personalsituation „prekär“. „Wir schieben unsere Mitarbeiter kurzfristig hin und her, je nach Bedarf.“

Leser der NORDSEE-ZEITUNG hatten sich an die Redaktion gewandt, weil sie dringend benötigte, rechtskräftige Dokumente erst nach sechs oder acht Wochen – oder noch gar nicht erhalten haben. Seit April habe sich die Lage so zugespitzt, sagt Ruth-Hanna Kuhne, Geschäftsleiterin am Amtsgericht. „Vor allem in den Familiensachen sind Wartezeiten bis zu acht Wochen derzeit nicht zu vermeiden.“

Bisher sei die Bearbeitung von Schriftsätzen wie bei Scheidungsurteilen, Unterhalts-, Sorge- oder Umgangsrecht für Kinder in zwei bis drei Wochen erledigt gewesen. 42 Mitarbeiter kümmern sich

derzeit in allen juristischen Service-Abteilungen um das Abtragen wachsender Aktenberge. Denn auch die Zahl der Fälle bei Nachlassregelung (hier häufen sich, so die Auskunft, die Erbschaftsausschlagungen wegen Überschuldung), Verbraucher-Insolvenzen – seit Januar liegen 136 Anträge vor – oder Zwangsverwaltung sei im ersten Halbjahr 2011 drastisch gestiegen. „Seit Januar liegen allein 3759 Zwangsvollstreckungsanträge vor“, resümiert Kuhne. Und 4977 Grundbuch-Bearbeitungen.

Das Dilemma: Seit drei Monaten, rechnet Kuhne gegen, seien vier Sachbearbeiter langfristig krankgemeldet, voriges Jahr seien bereits zwei Mitarbeiter, in diesem Mai ein weiterer ersatzlos ausgeschieden, „und wer gerade Urlaub hat, wird nicht mehr gezählt, das ändert sich täglich“.

Es gebe, sagt Stefanie Wulff, beim Justizsenator des Landes Bremen keine finanziellen Ressourcen, um solche Notlagen aufzufangen. „Und es ist dem Senat bisher nicht gelungen, Einspringer zu bekommen.“ Dafür, betont die Amtsgerichts-Vizepräsidentin, gebe es auch nicht genügend aus-

gebildete Justizfachangestellte. „Jahrelang wurde nicht ausgebildet. In Bremerhaven beschäftigen wir immerhin wieder zwei Auszubildende pro Jahr.“

» **Der Engpass ist dramatisch, das wollen wir gar nicht kleinreden.** «

ANN-MARIE WOLFF, ABTEILUNGSLEITERIN BEIM JUSTIZSENATOR

„25 der Mitarbeiter sind über 50.“

Der SOS-Ruf aus Bremerhaven sei seit Mai bekannt, gibt auf NZ-Nachfrage Ann-Marie Wolff, Abteilungsleiterin für Personal und Finanzen beim Justizsenator des Landes Bremen, Auskunft. „Der Engpass ist dramatisch, das wollen wir gar nicht kleinreden. Ein Landgericht sollte eigentlich mit einer Teilzeitkraft aushelfen – ich erfahre erst jetzt, dass sie selbst krank geworden ist.“ Der Lichtstreif am Horizont: Ab September, wenn die Auszubildenden fertig seien, so wurde jetzt entschieden, „wird um 1,25 Arbeitsstellen erhöht.“ Dann steigt eine

Berufsanfängerin im Bremerhavener Servicebereich mit ein. „Und wir prüfen aktuell, ob weitere personelle Maßnahmen möglich sind.“ Außerdem, räumt Ann-Marie Wolff ein: „Die Planung fürs neue Ausbildungsjahr 2012 müsse aufgrund der Altersstruktur wohl neu berechnet werden.“

Amtsgericht

Beim Amtsgericht arbeiten rund 110 Beschäftigte, davon 17 Richter und 16 Rechtspfleger. Zu den Aufgaben des Gerichts zählen nicht allein Zivilprozesse – die Service-Abteilungen berühren nahezu viele Bereiche des täglichen Lebens. Dazu zählen:

- ▷ **Nachlass-Sachen** – wie Testamentseröffnung und -vollstreckung.
- ▷ **Grundbuch-Eintragungen** – darin sind die Eigentümer und die Belastungen registriert.
- ▷ **Insolvenzen** – für 2011 liegen 63 Firmen- und 136 private Insolvenzen vor. Unter anderem, so die Auskunft, nimmt die Überschuldung durch Raten-Käufe zu.
- ▷ **Betreuungssachen** – betreffen die gesetzliche Betreuung Erwachsener, die ihre Angelegenheiten nicht mehr selbst regeln können. Akut werden 2252 Fälle bearbeitet.